

Auftakt im Rathaus

Mit einer Auftaktveranstaltung im Lichthof des Rathauses beginnt heute Abend die Zukunftswerkstatt in Vaterstetten. Dazu sind alle interessierten Bürger um 18 Uhr eingeladen. Die Dauer ist mit vier Stunden angesetzt, das Ende also gegen 22 Uhr. lb

Die Positionen

Nein zum Stillstand

Bürgermeister gibt sich aber kompromissbereit

Vaterstetten ■ Dass am Ende der Zukunftswerkstatt eine von allen Seiten getragene Kompromisslösung zur baulichen Weiterentwicklung der Gemeinde herauskommen soll, sieht Vaterstettens Bürgermeister optimistisch. Robert Niedergesäß verweist auf die vom Gemeinderat parteiübergreifend beschlossene Präambel der Zukunftswerkstatt, wonach Vaterstetten „durch eine intelligente Planungspolitik und Ortsentwicklung einerseits die kommunale Finanz- und Investitionskraft wieder herstellen und andererseits in Zeiten des demographischen Wandels eine familienfreundliche Gemeinde bleiben“ soll.

Deshalb stehen für Niedergesäß „selbstverständlich“ auch weiterhin alle Flächen zur Diskussion, die er in seiner „Initiative Zukunft planen“ vorgeschlagen hat. Förmlich einbringen in die Zukunftswerkstatt will er die IZP aber nicht. „Die konkreten Planungsvorschläge sind im Bürgerentscheid abgelehnt worden und werden daher in dieser Form von mir nicht weiterverfolgt.“ Stattdessen erwartet er Alternativvorschläge aus den Reihen von Bürgerinitiative, Agenda 21 und Parteien. In der Diskussion dürfe es weder Ausschlusskriterien, Denkverbote noch Scheuklappen geben.

Niedergesäß erinnert aber auch daran, dass der Ausgang des Bürgerentscheids äußerst knapp war. „Es gibt zwei fast gleich große Blöcke. Das heißt: Fast die Hälfte der Bevölkerung hat der IZP zugestimmt.“ Für den Bürgermeister ist daher zwingend, dass „eine Einigung nur gelingen kann, wenn wir eine Lösung finden, die einen sehr breiten Konsens findet“.

Grundsätzlich hält Niedergesäß auch an seiner Absicht fest, über das Ergebnis der Zukunftswerkstatt in einem weiteren Bürgerentscheid abstimmen zu lassen. „Das wäre die logische Fortsetzung der von mir gewollten Einbindung der Bürger.“ lb